Nummer 10 Saarbrücken, den 9. März 1929 10. Jahrgang

Der Saar-Bergknappe

Organ des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter Deutschlands für das Saargebiet

Erscheint jeden Samstag für die Mitglieder gratis. — Preis für die Jahrtellenabonnenten 5.— Fr. monatl. ohne Botenlohn. für die Postabonnenten 5.— Fr. vierteljährl.

Für wirtschaftliche u. geistige Hebung des Bergarbeiterstandes

Geschäftsstelle des „Saar-Bergknappen": Saarbrücken 2, St. Johanner Straße 49. — Fernsprech-Anschluß: Amt Saarbrücken. Nummer 1530, 1002, 2003, 3194.

Um den Ausbau der Sozialversicherung

Einige Bemerkungen.

Zu der Nummer 3/1929 gaben wir zur Kenntnis, daß die Regierungskommission dem Landesrat einen

Entwurf betreffend Erwerbslosenfürsorge

vorgelegt habe, den die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft nicht annehmen könne, da er auf veralteten Voraussetzungen beruhe und keine Rechtsgleichheit mit dem im Reiche gesetzlich bestehenden Zustande herbeiführe. Dieser Auffassung haben sich mit Ausnahme der Kommunisten alle übrigen Parteien angeschlossen. Sie haben einen Beschluß gefaßt, der die Regierungskommission dringend ersucht, den vorgelegten Entwurf zurückzuziehen und baldigst einen Entwurf betreffend Arbeitslosenversicherung dem Landesrat zur Begutachtung vorzulegen. Durch die gesetzliche Einführung der Arbeitslosenversicherung erhielten die Arbeitslosen einen Rechtsanspruch, der bei dem Fürsorgecharakter der heutigen Regelung nicht gegeben ist. Die Einführung der Arbeitslosenversicherung ist auch schon deshalb notwendig, um das Arbeitsvermittelungswesen, das so in ursächlichem Zusammenhang mit der Erwerbslosigkeit steht, mit der Arbeitslosenversicherung in einen organischen Zusammenhang zu bringen. Einen Entwurf betreffend Arbeitsvermittelung hat der Landesrat schon vor zwei Jahren begutachtet, der aber bis heute noch nicht in Kraft gesetzt ist. Schon damals forderten unsere Kollegen im Landesrat die sofortige Regelung des Erwerbslosenproblems nach deutschem Muster, da Arbeitsvermittelung und Arbeitslosenversicherung organisch zusammengehören. Dieser Forderung kam die Regierungskommission nicht nach. Nunmehr hat die überwiegende Mehrheit des Landesrates erneut mit allem Nachdruck die Einführung der Arbeitslosenversicherung verlangt. Die Arbeitgeber haben in der Arbeitskammer ebenfalls mit überwiegender Mehrheit dasselbe verlangt. Diesem Verlangen der unmittelbar beteiligten Kreise darf die Regierungskommission sich nicht mehr länger verschließen. Die Ausrede, es geschähe auf einmal zu viel in der Sozialversicherung, ist nicht stichhaltig, zumal die deutschen Versicherungsträger nach Feststellungen des Amteilung Sozialversicherung der Regierungskommission jährlich bis 120 Millionen Franken zur Sozialversicherung des Saargebietes leisten. Bei einer solchen Entlastung ist es den beteiligten Kreisen gut möglich, die Kosten der Erwerbslosenversicherung zu tragen. Die Belastung, die der Arbeiterschaft durch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entsteht, kann sofort durch entsprechende Entlastung bei der Lohnsteuer ausgeglichen werden. Es besteht somit kein stichhaltiger Grund, noch weiterhin mit der Einführung der Arbeitslosenversicherung zurückzuhalten. Die beteiligten Kreise haben sie mehrmals dringend gefordert; diesen entschiedenen Willen zu respektieren ist doch die vornehmste Pflicht der Regierungskommission.

*

Zur Zeit beschäftigt sich der Landesrat auch mit dem Entwurf zur Aenderung der Reichsversicherungsordnung

betreffend Unfallversicherung.

Es hat sehr lange Zeit gedauert, bis dieser Entwurf dem Landesrat vorgelegt werden konnte. Schon am 13. Okt. 1927 wurde die Heidelberger Abrede wirksam. Erst nach fünf viertel Jahren erhielt der Landesrat den Entwurf zur Aenderung der Bestimmungen der RVO betr. Unfallversicherung vorgelegt. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf den Gesetzesapparat der Regierungskommission. Die widerstreitenden Kräfte in ihr um den pflichtgemäßen Ausbau der hiesigen Sozialversicherung kommen in diesem erschreckend langsamen Gange deutlich zum Ausdruck. Dann aber auch in dem, was der Entwurf an Verbesserungen bietet. Im Herbst vorigen Jahres lag schon ein Vorentwurf den Unfallversicherungsträgern des Saargebietes zur Prüfung und Aeußerung vor. Obschon dieser sich in wichtigen Punkten nicht an die im Reiche geltenden Bestimmungen anpaßte, steht der dem Landesrat vorgelegte Entwurf noch weitere Verschlechterungen vor. Die Regierungskommission hat sonach auf Betreiben gewisser Kräfte bestimmte Verbesserungen, die der Vorentwurf enthielt, wieder ausgemerzt. Das nennt man dann Einhalten der Bestimmungen der Heidelberger Abrede! Das nennt man Anerkennung der gewaltigen Leistungen, die deutsche Versicherungsträger zur Entlastung der saarländischen Sozialversicherung leisten! Es ist geradezu empörend, daß die hiesigen maßgebenden Stellen nicht bereit sind, das dem Volke zu gewähren, was ihm zusteht. Als der Vorentwurf den Unfallversicherungsträgern vorlag, nahmen wir eingehend dazu Stellung. In der Nummer 47/1928 unseres Organs haben wir die berechtigten und erfüllbaren Forderungen deutlich zum Ausdruck gebracht, welche in den endgültigen Entwurf noch aufgenommen werden sollten. Die Regierungskommission störte sich nicht an diese berechtigten Forderungen, sondern verschlechterte den Vorentwurf noch bedeutend. So wird im Saargebiet der Wille und die Wohlfahrt der Versicherten respektiert!

Unsere Forderungen stirbt natürlich noch eine Versicherungspflichtgrenze für Angestellte und eine Drittelungsgrenze für beide Arbeitnehmergruppen zur Errechnung der Vollrente vor. Im Reiche sind beide Grenzen gefallen. Dort wird also der wirkliche Jahresarbeitsverdienst der Rentenberechnung zugrunde gelegt. Es ist daher zu verstehen, daß die Versicherten unter allen Umständen die Beseitigung der beiden Grenzen (Versicherungspflichtgrenze und Drittelungsgrenze) verlangen müssen. Weiter sieht der Entwurf keine Kinderzulage für Beschädigte vor, die 50 Prozent mehr erwerbsbeschränkt sind; außerdem keine erhöhte Witwenrente. Der Weg nach und von der Arbeit ist nicht mit in die Bestimmungen eingezogen, sodann auch nicht die Unfallfolgen, die bei der Instandsetzung, Aufbewahrung und Bedienung von Arbeitsgerät entstehen. Das sind nur einige im Reiche bestehenden wichtigen Bestimmungen, die der Entwurf neben anderen nicht vorsieht. Die Gewerkschaften haben also alle Ursache, mit allem Nachdruck die Einführung dieser Verbesserungen zu verlangen. Sie stehen ja geschlossen hinter dem Landesrat, der die fehlenden Bestimmungen in den Entwurf einbauen wird. Die Regierungskommission befindet sich in diesen Fragen einer geschlossenen Front aller Versicherten gegenüber. Wir betonen daher nochmals, daß es nicht angängig ist, daß bei der großen Leistung der deutschen Versicherungsträger für die Sozialversicherung des Saargebietes hier wesentlich schlechtere Verordnungen in Kraft gesetzt werden, als sie im Reich bestehen. Es ist die allerdöchste Zeit, daß auf diesem Gebiete endlich völlige Rechtsgleichheit in allen Versicherungszweigen herbeigeführt wird. Das ist der Wille aller Versicherten. Nach ihm hat die Regierungskommission zu handeln!

Weg und Ziel für unsere Jungknappen

Von unserem Vorsitzenden Heinrich Imbusch.

Am 17. Februar fand im Sitze unseres Gewerkvereins, der Eisen- und Kohlenstadt Essen, eine große Jugendkundgebung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter statt, die als Auftakt für die Jugend-Werbewoche galt und einen überaus glänzenden Verlauf nahm. Im Mittelpunkte der Veranstaltung stand der Vortrag unseres Vorsitzenden Heinrich Imbusch, der unserer Knappenjugend in klaren Worten sagte, was sie tun muß, um den Bergmannsstand wieder völlig zu Ehren zu bringen. Damit auch die Knappenjugend im Saarrevier sich die Worte ihres Vorsitzenden einprägen kann, um mutvoll danach zu handeln, bringen wir sie nachstehend zur Kenntnis. Wir verbinden damit die dringende Bitte an unsere jungen Mitglieder, diese Ausführungen zu beherzigen und nach ihnen zu handeln. Die praktische Befolgung der Mahnung unseres Vorsitzenden verbürgt den weiteren Aufstieg des Bergmannsstandes.

*

„Die Menschheitsgeschichte ist eine

Geschichte des Kampfes.

Nur unter diesem Kampf geht es mit der Menschheit vorwärts. So wie das Kampfelement in der ganzen Menschheit lebendig ist, so auch bei den einzelnen Völkern und Ständen. Geschlechter kommen und vergehen. Neue Stände lösen andere ab. Die Geschichte unseres Vaterlandes ist ein Beweis dafür, wie in starkem Kampfe neue Volksgruppen nach oben drängen, um sich Luft und Licht, Gleichberechtigung und Gleichachtung zu erringen. Lange mußten die Bauern und Bürger in der Vergangenheit um ihre Freiheit, um Anteilnahme an Regierung und Verwaltung kämpfen.

In der Mitte des vorigen Jahrhunderts entwickelte sich Deutschland vom Landwirtschafts- zum Industriestaate.

Die industrielle Entwicklung

schuf den unselbständigen Lohnarbeiterstand. Der früher hochgeachtete Stand der Bergleute wurde nunmehr ins Proletariat gedrängt, nachdem die gesetzliche Bergbaufreiheit eingeführt, die Schutzbestimmungen beseitigt und der sogenannte freie Arbeitsvertrag zur Einführung kam. Der einst geachtete und bevorrechtete Bergmannsstand wurde ein Ausbeutungsobjekt des Kapitals. Der Bergmann war rechtlos und wurde nur noch als Produktionsmittel gewertet. Das zeigte sich in der langen Arbeitszeit bis zu zwölf Stunden unter Tage und niedrigen Löhnen, in der Einschränkung der persönlichen Freiheit, in Minderbewertung und politischer Unterdrückung. Die Bergarbeiter waren gegenüber diesen Zuständen zuerst machtlos.

Die große Masse

ließ sich einfach ausbeuten und drangsalieren, ohne dagegen aufzubegehren. An Selbsthilfe und Befreiung von den drückenden Fesseln dachten nur wenige. Einige beherzte Männer erkannten die ganze Tragweite ihrer unwürdigen Lage und suchten sie zu bessern.

So kamen die ersten Versuche zur Bildung von gewerkschaftlichen Organisationen im Bergbau. Ende der siebziger Jahre, die aber mißlangen. Die Fehlschläge entmutigten die Bergleute nicht. Trotz aller Schikanierung, Maßregelung und Verfolgung gelang es einige Jahrzehnte später, endlich die Bergarbeiter in größerem Umfange zu organisieren. Sie hatten erkannt, daß

nur durch eigene Kraft

der Aufstieg des Bergmannsstandes möglich sei. Deshalb war die Gründung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter 1894 eine Tat der Befreiung und Aufwärtsentwicklung des gedrückten Bergarbeiterstandes auf christlicher und gesetzlicher Grundlage. Manche der ersten Gründer der Gewerkschaftsbewegung haben die Fuchtel des Kapitalismus zu spüren bekommen; sie wurden nicht nur brotlos, sondern auch heimatlos gemacht. Wie gemeine Verbrecher wurden sie verfolgt, so daß sich viele nur durch Auswanderung vor der Verfolgung retten konnten.

Die Geschichte des Gewerkvereins

war eine Geschichte des Kampfes. Unter unsäglichen Mühen und Opfern konnten die christlichen Bergleute ihren Gewerkverein gründen und ausbauen. Von allen Seiten wurde der Gewerkverein bekämpft. Trotzdem ging es vorwärts, weil die Gründer vom echten Kampfgeist erfüllt waren. Sie wollten nur die Durchsetzung des Rechtes. Die Organisationsarbeit brachte auch Erfolge. Vieles ist

in fast fünfunddreißigjähriger opfervoller Arbeit erreicht worden. Aber

der jungen Generation

bleibt noch viel Arbeit. Die theoretische Gleichberechtigung ist erkämpft, aber an der praktischen Gleichberechtigung fehlt es noch. Was nützt die theoretische Gleichberechtigung, wenn das wirtschaftliche Fundament fehlt? Die Minderbewertung der Bergarbeiter ist ein unwürdiger Zustand, der beseitigt werden muß. Das Mitbestimmungsrecht beim Arbeitsnachweis haben wir uns erkämpft, aber in den großen Betrieben und Konzernen müssen wir Einfluß in der Verwaltung bekommen. Wir verlangen die volle Gleichberechtigung mit den Unternehmern. Zur Gleichberechtigung des Arbeiterstandes gehört mehr als theoretische Gesetzesbestimmungen. Vor allem ist

eine wirtschaftliche Besserstellung

notwendig. Die Möglichkeit des Erwerbs von Eigentum muß auch dem Arbeiterstande gegeben werden. Alle diese Ziele und viele andere können nur im Kampf errungen werden. Freiwillig gibt dem Arbeiter niemand etwas. Der echte Kampfgeist muß bei jedem von uns vorhanden sein. Dazu gehört eine starke Willenskraft und die Ueberwindung der Opferscheu. Die Jugend soll vor allem ihre Freizeit zur Ausbildung benutzen, damit die alten Kämpfer einst von noch tüchtigeren jungen abgelöst werden. Das ist heute möglich, weil die Ausbildungsmöglichkeiten bessere sind als früher.

Die Knappenjugend im Gewerkverein

hat es heute auch leichter, weil sie Bestehendes nicht nur erhalten, sondern darauf weiter aufbauen kann. Es muß deshalb der Stolz der Jungknappen sein, für den Gewerkverein, für die Hebung ihres Standes zu arbeiten und alle Kraft einzusetzen. Mögen sich deshalb die Jungknappen der Werkämpfer ihrer christlichen Bewegung würdig erweisen und tatkräftig an dem Aufstieg des Bergmannsstandes mitarbeiten. Nur mit zielbewußter Energie, größter Opferwilligkeit und Hingabe für unseren Gewerkverein wird der Kampf für die wirtschaftliche und geistige Hebung unseres Standes weiter von Erfolg gekrönt sein."

Ein Rückblick auf die Lohnbewegung im Monat Januar

Noch ist der Abstand von der letzten Lohnbewegung im Saarbergbau gering. Die volle Auswirkung kann erst nach Verlauf von weiteren Wochen übersehen werden. Dann wird es auch möglich sein, jenen Schlußstrich zu ziehen, den die Revierleitung gelegentlich der abschließenden Konferenz angekündigt. Schon heute aber ist zu erkennen, nach welcher Richtung die wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Dinge sich auswirken. Auch jetzt schon muß man zu der Auffassung kommen, die Bergwerksdirektion möge bei allen Bewegungen in der Zukunft den Versuch einer gegenseitigen Verständigung nicht zurückweisen. Es erscheint für sie unerläßlich, die wirtschaftliche Rechnung nicht ohne den Bergman und seine Organisation zu machen. Nur so wird es möglich sein, eine zweite Aktion dieser Art in der Wirtschaft der Saar zu verhindern.

Das Ankündigen der Produktionsdrosselung durch die einsame Art des Beachtens bergpolizeilicher Vorschriften, erregte bei den Uneingeweihten ein Kopfschütteln. Diese Kreise waren bisher der Auffassung, daß ein Einhalten genannter Vorschriften selbstverständlich sei. Auch industrielle Kreise der Saar, die außerhalb des Bergbaues stehen, waren derselben Auffassung. Man hatte nie geglaubt, daß die bisherigen Ergebnisse der Gruben ohne Einhaltung der Sicherheits- und Gesundheitsvorschriften erreicht wurden. Jene Kreise hielten es für unmöglich, daß der Bergmann für etwas mehr Lohn zuliebe sein Leben und seine Gesundheit auf das Spiel setzt. Trotzdem ist dies in nicht wenigen Fällen leider Tatsache. Der Bergmann will sich eben ein Verdienst beschaffen, der ihm seinen Unterhalt einigermaßen sicherstellt. Die schlechten Gedingeverhältnisse sind die Triebkraft der genannten Handlungsweise. Dann konnte man dort auch nicht glauben, daß die Solidarität eines Kohlenhauers soweit gehe, auf einen ihm zugesagten Mehrverdienst zu Gunsten eines schlechter bezahlten Berufskollegen zu verzichten. Man hat sich gestaucht und wieder einmal erfahren, daß man die Bergarbeiterorganisationen an der Saar nicht mit denen in anderen Revieren vergleichen darf. Der Zusammenschluß, die Solidarität und die Disziplin sind hier derart vollständig, wie man sie in diesem Umfange wohl kaum mehr antrifft. Die Aufforderung der Verbände brachte hierfür im Januar einen erneuten Beweis. Wir sehen ziffernmäßig die ersten Auswirkungen.

Die Förderung blieb im Monat Januar mit zusammen 956 932 T um 135 205 T. hinter dem gleichen Monat des Vorjahres zurück. Sie war selbst niedriger als im Februar, in dem nur 21,16 Schichten verfahren wurden. Es kam hinzu, daß der Leistungsefekt von 830 Kilo pro Mann und Schicht im Monat Dezember auf 689 im Januar zurückging. Ebenso wurden die Haldenbestände um 48 417 T. geringer. Die betrugen Ende Januar nur noch 120 000 T. In diesen einsachen und trockenen Zahlen liegen nun große wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten verborgen. Zunächst tief dieser Förderungsausfall in eine Zeit des besten Absatzes. Im Monat Januar ist fast in allen Jahren eine stärkere Nachfrage nach Kohlen vorhanden. Neben Frankreich mußten die Industrien an der Saar ihren erhöhten Bedarf an Brennstoffen decken. Auch verlangte der Hausbrand ein erhöhtes Quantum. Infolge der genannten Störungen konnte der Bedarf an Kohlen nicht gedeckt werden. Nicht wenig Industriewerke bestellten fremden Brennstoff. Schlimmer mußte sich die Situation im Februar auswirken. Zunächst hatte die Grubendirektion durch die angekündigte Schichtentreduzierung die Arbeitsfreudigkeit der in den Betrieben tätigen Menschen zerstört. Ohne diese kann nun im Bergbau eine Produktionssteigerung nie erreicht werden. So ist die gegenwärtige Stimmung unter den Bergarbeitern, durch die verhängten Maßnahmen verursacht, wenig geeignet eine erhöhte Förderung zu ermöglichen. Hinzu kam, daß durch die große Kälte nicht allein die Industrie, sondern auch der Familienbedarf mehr Kohlen bedurfte. So wurde die Kohlenknappheit ungemein stark. Eine Menge Arbeitsloser entstand. Der Schaden in der Wirtschaft zählt nach Millionen.

Jetzt tauchen neue Schwierigkeiten auf. Infolge der in Frankreich gesteigerten Kohlennachfrage, liefert die Saar in erhöhten Mengen. Der heimische Bedarf bleibt unbefriedigt. Jetzt tritt wiederum die alte Erscheinung zutage, daß die Grubenverwaltung in Zeiten größer Kohlenknappheit die Abnehmer im Saargebiet und Süddeutschland schlechter beliefert. Bei einer normalen Förderung in beiden Monaten konnte man der gesteigerten Kohlennachfrage gerecht werden. Auch hätte man die jetzt vorhandenen wirtschaftlichen Schäden verhindert. Darüber hinaus wäre die Arbeitsfreudigkeit, die in den letzten Monaten des vergangenen Jahres der Direktion glänzende Ergebnisse gebracht, erhalten geblieben.

Der gewerkschaftliche Gedanke ist durch die Maßnahme der Bergwerksdirektion erneut gestärkt worden. Er hat auch im Monat Januar seine Probe bestanden. Der letzte Bergmann in den Gruben hat den Wert seines Zusammenschlusses wiederum verspürt. Es ist unendlich schade, daß solche Proben eines gewerkschaftlichen Selbstbewußtsein mit erheblichen wirtschaftlichen Schäden verbunden sind. Wir hoffen, daß es für absehbare Zeit einer solchen Auseinandersetzung nicht mehr bedarf, um dem Bergmann der Saargruben zu einem Lohne zu verhelfen, der durch die Verhältnisse mehr als berechtigt ist. K. G.

Praktische Bekämpfung der Unfallgefahren

Die letzte Woche stand im Zeichen des Wortes: „Helft Unfälle verhüten!" Es ist sicher anzuerkennen, wenn berufene Körperschaften dazu übergehen, die Bekämpfung der Unfallgefahren zu einer allgemeinen Volkssache zu machen. Das Volk muß aber auch zur praktischen Bekämpfung der Unfallgefahren unmittelbar mit herangezogen werden. Dies gilt in besonderem Maße zur Bekämpfung der Unfallgefahren in den gewerblichen Betrieben. Leider müssen wir feststellen, daß die Arbeiterschaft und ihre Vertretung da nicht in der richtigen Weise an der Bekämpfung der Unfallgefahren beteiligt wird. Sie sind im Saargebiet in keinem der Organe beteiligt, die obligatorisch der Unfallverhütung zu dienen haben. Das ist ein großer Mangel, der nach Beseitigung ruft. Schon oft haben wir die Beteiligung der Bergleute in den Aufsichtsorganen des Bergbaues verlangt; bis heute ist dieser Ruf ungehört verhallt. In Preußen ist man auf diesem Gebiete uns hier an der Saar um ein gutes Wegestück voraus. Dort besteht seit einigen Jahren das Grubensicherheitsamt, dessen spezielle Aufgabe die Bekämpfung der Unfallgefahren im Bergbau ist. In seinen einzelnen Organen wirken Vertreter der Bergleute praktisch mit. Das ist richtig. Der Bergleute tragen ja ihre Haut zu Markte. Sie haben darum auch ein Recht darauf, selbst an der Unfallverhütung praktisch beteiligt zu sein. Zumal der Bergbau den gefährlichsten Gewerbebetrieb bildet. Damit die Saarbergleute auch zu ihrem Rechte kommen, erheben wir erneut die Forderung nach ihrer Beteiligung in den Aufsichtsorganen des Bergbaues, denen die Unfallbekämpfung obliegt. —

Wie für den preußischen Bergbau das Grubensicherheitswesen, soweit es durch das Grubensicherheitsamt betreut wird, geglidert ist, geht aus nachstehenden Ausführungen hervor.

1. Das Grubensicherheitsamt.

Es ist dem preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe eingegliedert. Es besteht aus dem Leiter und vier Fachreferenten und bearbeitet:

Allgemeine bergpolizeiliche Angelegenheiten, Unfallverhütung, die sicherheitstechnischen Einrichtungen. Es hat dahin zu wirken, daß die gemachten Erfahrungen für den ganzen preußischen Bergbau nutzbar gemacht werden. Um diesen Zweck besser erfüllen zu können, ist ihm beigeordnet

2. die Grubensicherheitskommission.

Diese gilt als Hauptkommission. Sie besteht aus dem Leiter des Grubensicherheitsamtes (Vorsitzender), je einem Vertreter der Oberbergämter, sieben Vertretern der Arbeitgeber (darunter ein Betriebsführer), sieben Vertreter der Arbeitnehmer (darunter zwei Angestellte) und drei Vertreter des Preußischen Landtages.

Von den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmern entfallen je vier auf Steinkohle, je einer auf Braunkohle, Erz und Kali, sie müssen mindestens fünf Jahre praktisch im Bergbau tätig gewesen sein. Sie werden von der Arbeitsgemeinschaft, Fachgruppe Bergbau, benannt und vom Minister berufen. Es ist ein Ehrenamt.

Die Kommission hat das Grubensicherheitsamt zu beraten; sie kann Anregungen geben, Beschlüsse fassen; das Grubensicherheitsamt hat die Stellungnahme der Kommission zu allen wichtigen techn. Maßnahmen der Unfallverhütung zu veranlassen. Die Kommission, wie auch deren Unterausschüsse können Grubenbefahrungen vornehmen oder durch einzelne Mitglieder vornehmen lassen. — Es bestehen

folgende Unterausschüsse:

Allgemeine Sprengstoffragen, allgemeine Zündmittelfragen, betrieblichsicherheitliche Fragen, Zulassung von Sprengstoffen, Prüfung von Sprengstoffen, flüssige Luft, zusammengefaßt im Ausschuß für das Sprengstoff- und Zündmittelwesen; ferner die Seilfahrtskommission mit fünf Unterausschüssen: Förderkörbe und Fangvorrichtungen, Förderseile einschl. Zwischengeschirre und Seilfahrtsstatistik, Fördermaschinen einschl. Seilscheiben und Fördergerüste, Signalzeichen und Ausbildung des Personals, Seilfahrt in blinden Schächten; dann noch der Ausschuß für Schlagwetter und Kohlenstaubfragen.

3. Grubensicherheitskommissionen bei den Oberbergämtern.

Sie bestehen aus: ein Vertreter des Oberbergamtes, zwei Bergrevierbeamten, je drei Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zwei Mitgliedern des Preußischen Landtages. Sie werden sinngemäß wie bei der Hauptkommission berufen, dabei müssen die Vertreter der Oberbergämter (die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer können) Mitglieder der Hauptkommission sein. Die Kommissionen sind beratende Organe der Oberbergämter. Aufgaben: Mitwirkung bei der Aufklärung wichtiger Unfälle, Mitwirkung bei anderen wichtigen Ereignissen, Stellungnahme zu den Entwürfen der Bergpolizeiverordnungen. Auch diesen Kommissionen können Fachausschüsse beigeben werden; so bestehen in Breslau die Ausschüsse für die Erforschung und Bekämpfung der Kohlensäureausbrüche, zur Erforschung der Gebirgsschläge, für flüssige Luft; in Dortmund für das Gesteinsstaubverfahren. Bei jedem Oberbergamt besteht ein Unfallausschuß.

Diese Einrichtungen können und haben schon Ersprießliches für die Unfallverhütung geleistet. Kommen doch in den Kommissionen alle Vertreter der Interessierten zusammen, um gegenseitig ihre Erfahrungen auszutauschen und nach gemeinsamer Beratung das vorzuschlagen, was für den Unfallschutz am wirksamsten erscheint. — Wir sind der Meinung, daß die Regierungskommission nur einer großen Pflicht nachkäme, wenn sie für den Bereich der Saargruben eine ähnliche Einrichtung schüfe.

Zahlen die zu denken geben

„Freie Bahn dem Tüchtigen!"

Das Schlagwort „Freie Bahn dem Tüchtigen" schwirrte besonders in der Nachkriegszeit. Leute, die alles durch die rosige Illusionsbrille betrachten, taten so, als ob nun jeden begabten, fleißigen und tüchtigen Arbeiterkinde der Weg nach oben frei gemacht sei. Manche glaubten, daß die höheren Schulanstalten mehr als früher den Arbeiterkindern erschlossen würden. So die „holde" Theorie. Die graue Praxis redet eine andere Sprache. Sie zeigt, daß der Aufstieg nach oben nicht nur von Verstandesgaben, sondern hauptsächlich von dem notwendigen „Mammes" (Geld) abhängig ist — und nach dem Studium von nachschubfähiger Protektion. Darin hat sich gegen früher aber auch gar nichts geändert, wir glauben, daß viel eher eine Verschlechterung für die Arbeiterschaft zu verzeichnen ist.

Diese unsere Meinung wird durch die Statistik erhärtet. Man braucht nur die nachfolgenden Zahlen zu würdigen, die unsere Tageszeitung „Der Deutsche" in der Nummer vom 5. Februar ds. Js. in einem beachtenswerten Artikel „Arbeiterkinder auf den

deutschen Hochschulen“ brachte. Es wird da u. a. die Frage gestellt:

„Wieviel Kinder (Söhne und Töchter) von Arbeitern studieren auf den verschiedenen Arten der deutschen Hochschulen?“

Sie wird beantwortet: „Da finden wir auf den 23 Universitäten des Deutschen Reiches, als der wichtigsten und größten Gruppe deutscher Hochschulen, **1 548 Arbeiterkinder,** nämlich **1 483 Arbeitersöhne** und **65 Arbeitertöchter,** im Studium unter einer Gesamtzahl von 77 805 reichsdeutschen Studierenden (denn die Reichsausländer unter den Studierenden scheiden hier für unsere Betrachtung ganz aus). Die zweitgrößte Gruppe der deutschen Hochschulen, die Technischen Hochschulen, bilden **204 Arbeiterkinder,** nämlich 200 Arbeitersöhne und 4 Arbeitertöchter, unter insgesamt **16 291** reichsdeutschen Studierenden. Zu diesen zwei Hauptgruppen von Hochschulen treten dann die kleineren Fachhochschulen. Da haben wir auf den Forstlichen Hochschulen überhaupt **keine** Arbeiterkinder unter den 278 Studierenden, auf den landwirtschaftlichen Hochschulen treffen wir **12** Arbeitersöhne bei einer Gesamtzahl von **1 339** Studierenden, die Tierärztlichen Hochschulen weisen **1** Arbeitersohn unter **543** Studierenden auf, die Handelshochschulen besitzen **65** Arbeitersöhne unter ihren **3 415** Studierenden.“

Geben diese Zahlen nicht zu denken? Sind sie ein Zeugnis dafür, daß die neue Zeit die Bahn frei gemacht hat für den Tüchtigen? Man bedenke: unter 100 Studierenden auf den Universitäten befinden sich 1.99 (also noch nicht mal 2) Arbeiterkinder, unter 100 Studierenden auf den Technischen Hochschulen 1.25 Arbeiterkinder. Ist das kein schreiendes Mißverhältnis? Diese Zahlen sind um so bedenklicher, als die Arbeiterbevölkerung fast die Hälfte der ganzen Bevölkerung des Reiches umfaßt. Sie zeigen uns aber auch, welche Schranken dem Aufstieg von Arbeiterkindern in die sozial und wirtschaftlich höher bewerteten Schichten gezogen sind. Dabei ist es eine Tatsache, daß die höheren Bildungsanstalten ganz gewaltige Zuschüsse aus Reichsmitteln erfordern, zu denen die arbeitende Bevölkerung ihren redlichen Teil beiträgt.

Wie schon hervorgehoben, hindert begabte Arbeiterkinder die Geldfrage an der Teilnahme an den höheren Bildungsstätten unseres Volkes. Es fehlt nicht am Triebe und am Willen, sondern nur an den Mitteln. Wenn der Lohn kaum reicht zum Lebensunterhalt, dann ist natürlich, wenn nicht andere Quellen erschlossen werden, ans Studium nicht zu denken. Die höheren Bildungsanstalten bleiben da nach wie vor ein Privileg für die besser bezahlten Volksschichten. Daß dieser Zustand sich mit Gleichberechtigung und Demokratie nicht vereinigen läßt, liegt auf der Hand. Es muß daher nach Mitteln und Wegen gesucht werden, wie auch begabten Arbeiterkindern viel, viel mehr als bisher das Studium ermöglicht werden kann. Die Lage unseres Volkes verlangt es, daß die Intelligenz aus allen Volksschichten dem Volke nutzbar gemacht wird.

Unser Wille

Den offenen und versteckten Annektionisten ins Stammbuch.

In Frankreich äußern sich die verschiedensten Kreise zur „Saarfrage.“ Diese Aeußerungen häufen sich in jüngster Zeit in auffallender Weise. Dabei kann man eine gewisse Nervosität beobachten. Besonders in den Kreisen, für die das „Saargebiet“ in seiner heutigen Form eine fette Pfründe ist. Die einen fordern verhüllt oder unverhüllt den Anschluß des Gebietes an Frankreich; andere wollen das Gebiet zwar staatsrechtlich zum Reiche zurückkehren lassen, aber die wirtschaftliche Ausbeutung soll Frankreich verbleiben; wieder andere verlangen die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes mit dem Prioritätsrecht für Frankreich.

In Frankreich ist man also eifrig dabei, das Fell des „Bären“ Saargebiet nach eigenem Geschmack zu verteilen. Und weil in Frankreich die „Demokratie am reinsten blüht“, nimmt man diese Verteilung vor, ohne sich weiter an die Menschen, die im Saargebiet wohnen, zu stören. Sie gelten als Sachgut, das man nach Gutdünken behandelt.

Da nun im Saargebiet die Arbeiter den weitaus größten Prozentsatz der Bevölkerung bilden, können wir zu diesen französischen Saargebietsplänen nicht mehr länger schweigen. Praktisch geht es doch um unsere eigene Haut. Und darüber wollen wir selbst befinden.

Also: Es ist unser unumstößlicher Wille, sobald wie möglich dem Deutschen Reiche wieder eingegliedert zu werden. Es ist unser unumstößlicher Wille, dem wir mit allem Nachdruck Geltung verschaffen, daß weder ein qcm Boden des Saargebiets noch ein Pfund Kohlenvorkommen zugunsten Frankreichs abgetreten wird. So wie das Gebiet abgetrennt wurde, so muß es auch wieder zurückkehren. Unser Schicksal im deutschen Haus werden wir selbst zu schmieden wissen; darüber braucht sich in Frankreich kein Mensch den Kopf zu zerbrechen. Diese unsere klare Auffassung haben wir zu jeder Zeit nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages zum Ausdruck gebracht. Wir wollen unter keinen Umständen zu Frankreich, auch dann nicht, wenn Deutschland so arm wie eine Kirchenmaus wäre; wir wollen keine Verschacherung unserer Wirtschaft, kein Preisgeben unserer Kohlenvorkommen und Gruben; wir wollen auch kein Stätchen nach dem Muster Luxemburgs von Frankreichs Gnaden. Wir wollen einig und ungeteilt heim zum Deutschen Reich und Deutschen Volk. Je eher das geschieht, um so lieber ist es uns. Und je eher man unsern Willen erfüllt, um so eher ist die Befriedung Europas möglich.

Das ist die unzweideutige Meinung der Arbeiterschaft. Wer sie beachtet, dient auch Frankreich am besten.

Kann ein Arbeiter im Jahre 1929 im Saargebiet sich ein eigenes Heim erbauen?

Die Frage der Wohnraumbeschaffung belastet heute noch wie in allen Jahren nach dem Kriege alle verantwortungsbewußten Stellen und Behörden. In den dichtbewohnten Industrieorten des Saargebietes ist der Wohnungsraummangel unvermindert groß, trotzdem unverkennbar schon manches Anerkennenswerte zur Behebung der Wohnungsnot geschehen ist. Alle Behörden und sie vertretenden Körperschaften sind sich vollständig darüber klar, daß die Behebung der Wohnungsnot nicht eintreten kann durch papierene Verordnungen und scharfe Wohnungszwangsnahmen. Effektiv wirksam kann die Wohnungsnot nur behoben werden durch Schaffung und Erstellung neuen Wohnraumes.

Sich von diesem Gedanken leiten lassend, haben in den vergangenen Jahren die Landesversicherungsanstalt des Saargebietes, der Saar-Knappschaftsverein und die Hüttenknappschaftsvereine, alle verfügbaren Geldreserven herausgegeben als Darlehen zur Schaffung von Neubau-Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung. Auch die Kreissparkasse Saarbrücken hat auf diesem Gebiete in den vergangenen Jahren Vorbildliches geleistet und alle nur irgend freien Mittel dem Wohnungsbaumarkt zur Verfügung gestellt. Auch die Staaten Preußen und Bayern bekundeten in wohlverstandenem Interesse der saarländischen Bevölkerung praktische Hilfe durch Bereitstellung von billigen Geldmitteln zum Bauen von Kleinwohnungen.

Nur eine Stelle tut nichts zur Belebung des allgemeinen Baumarktes und zur Behebung der in den einzelnen Bezirken in Erscheinung getretenen Wohnungsnot. Bekanntlich ist das die Stelle, der durch den Versailler Vertrag die Förderung der Wohlfahrt der Saarbevölkerung zu treuen Händen übertragen worden ist. Die Regierungskommission fühlt sich nicht bewogen, für das notwendige Baugeld zu sorgen. Der von ihr im Jahre 1922 ins Leben gerufene Wohnungsbauverband ist nach einem Jahre kümmerlicher Fristung sanften Todes verschieden. Allen Anregungen der politischen Parteien und gewerkschaftlichen Organisationen, helfend einzugreifen, widersteht die Regierungskommission mit großer Ruhe. Sie tut einfach nichts und damit basta. Wir sind der Meinung, daß spätere Geschichtsschreiber der Regierungskommission in dieser Angelegenheit kein Ruhmesblatt winden werden.

Familie und Heim

Ein Feldblumenstrauß

Manche Sprüche sind ernsten Inhaltes, sie reden von der Vergänglichkeit, vom Sterben und von der Ewigkeit. Der Bauherr bedenkt, daß er hier keine bleibende Statt hat, daß er bald sein Haus verlassen wird, um nicht mehr heimzukehren, während droben eine ewige Wohnung für uns bereitet wird. Diese Sprüche haben meist die Form einer Mahnung, sie sind nachdenklich und oft ergreifend in der Schlichtheit des Ausdruckes.

Gesund herein, gesund von Haus,
Einmal gewiß wirst bleiben aus.

Wir bauen Häuser groß und fest,
Darin wir sein nur fremde Gäst.

Und da wir sollen ewig sein,
Da bauen wir gar wenig ein.

All Ding werd vergahn,
Gottes Wort blifft ewig stahn.

Wie derselbe Gedanke variiert wird, zeigen die drei folgenden Beispiele; das erste findet sich in Baden, das zweite in Norddeutschland, das dritte in Tirol:

Dies Haus ist mein und doch nicht mein,
Ich gehe aus, du gehest ein.
Mein! Wer wird wohl der Letzte sein?

Dies Haus ist mein und doch nicht mein,
Der vor mir war, es war auch nicht sein.
Der ging hinaus und ich hinein,
Nach meinem Tod wirds auch so sein.

Dies Haus ist mein und doch nicht mein,
Der nach mir kommt, ist auch nicht sein
Und wirds dem dritten übergeben,
So wird es ihm ergehen eben,
Den vierten trägt man auch hinaus.
Mein! Sag mir doch, wes ist das Haus?

Hier ist die erste, die kürzeste Fassung auch die glücklichste; doch hat der letzte Spruch am Schlusse in der Frage eine treffliche Wendung, die einen neuen Gedanken hineinzieht.

Wir streben auf Erden nach nichts so sehr
Als nach gut Hoffnung und Ehr,
Und so wir das alles erwerben,
So legen wir uns nieder und sterben.

Bestelle doch dein Haus!
Wär gleich der Tod noch weit,
So ist doch nur ein Schritt
Zur langen Ewigkeit.

Bedenk, Mensch, wie fröhlich es da sein mag,
Da tausend Jahr wird sein ein Tag,
Und wie betrübt es sei alldar,
Da ein Tag wird sein tausend Jahr.

Dieser Spruch enthält eine sinnige Auslegung des bekannten Bibelwortes: im Himmel sind tausend Jahre wie ein Tag, weil die Freude so groß und immer neu ist; in der Hölle ist ein Tag wie tausend Jahre wegen der schrecklichen Leiden.

Der Mensch gleich einer Blume ist,
Die in der schönen Frühlingsfrist
Des Morgens an der Blüte stehet,
Des Abends hinfällt und vergehet.

Ich lebe und weiß nicht wie lang,
Ich sterbe und weiß nicht wann,
Ich fahre aus und weiß nicht wohin,
Darum ich stets in Sorgen bin.

Auf diesen ernsten Spruch, der sich wiederholt findet, gibt ein anderer (in Eisenach) eine zuversichtlich frohe Antwort:

Ich lebe und weiß wohl wie lange,
Ich sterbe und weiß wohl wann,
Ich fahre aus und weiß wohl wohin,
Mich wunderts, daß ich noch traurig bin.

In einigen Sprüchen rechtfertigt sich der Bauherr, daß er ein neues Haus gebaut hat:

Daß dieses Haus aus Not und nicht aus Lust gebauet,
Weiß der, der voriges hat ehmals angeschauet.
Mit Gottes Hilf und Macht,
Aus Not und nicht aus Pracht,
Dies Haus erbaut zum Aufenthalt,
Weil uns kein Wohnhaus ist bestalt.

Auch von den Kosten des Baues ist mitunter die Rede:

Dies Haus steht in Gottes Hand,
Ist vorne neu und hinten alt.
Hätte den Meister das Geld nicht gereut,
Da hätt ers nach hinten auch erneut.

Bauen war eine Lust,
Aber was es gekost,
Hab ich vorher nicht gewußt.

Das Bauen wär eine feine Kunst,
Wenn einer hätt das Geld umsunst.

Vom Brandunglück ist öfter die Rede, besonders wenn ein Brand die Ursache des Neubaues war; oft wird dann der heilige Florian angerufen als Patron gegen Brandschaden.

Ich habe nächst Gott gebaut ein neues Haus,
Und wenn er will, so muß ich und alle heraus,
Gott behüte diese Stadt und ganzes Land
Und wende von uns ab Unglück und Brand.

Dies Haus steht in Gottes Hand,
Ach, behüts vor Feuer und Brand,
Vor Sturm und Wassernot,
Mit einem Wort, loß stohn wies stoht.

Dies Haus stell ich in Gottes Hand.
Da ist es dreimal abgebrannt,
Nun hab ichs dem heiligen Florian anvertraut
Und hoffe, daß er besser danach schaut.

Aus „Ein Familienbuch“ von Augustin Wibbelt.

Wir haben bereits jetzt feststellen können, daß in diesem Jahre genügend Baulustige vorhanden sind, die sich gerne ein Eigenheim erstellen, wenn ihnen ein angemessenes billiges Baudarlehen geboten wird. Leider sieht es aber gerade in letzterer Beziehung in diesem Jahre außerordentlich trübe aus. Der Geldmarkt des Saargebietes ist derart versteift, wie kaum je zuvor. Die Sozialversicherungsträger haben keine Geldreserven und können daher auch

keine Baudarlehen

ausgeben. Wir haben bei den verschiedensten Stellen wegen Baudarlehnshergabe uns befragt und waren die Auskünfte, die wir erhielten, außerordentlich ungünstig. So hörten wir von der Kreissparkasse des Landkreises Saarbrücken, daß sie noch mehrere hundert Anträge auf Gewährung von Darlehen vorliegen hat und vorläufig auf viele Monate hinaus auch nicht in der Lage ist, neue Darlehnsanträge anzunehmen. Es darf bemerkt werden, daß gerade die Kreissparkasse des Landkreises Saarbrücken wegen des Vertrauens, das sie im Saargebiet genießt, einen sehr starken Umsatz hat, und — wie schon oben gesagt — ihre Mittel vornehmlich zur Hergabe von Baudarlehen verwendete. Wenn nun schon die Kreissparkasse Saarbrücken in diesem Jahre den Baudarlehnsansuchern verschlossen bleibt, dann ist dies noch viel mehr bei den anderen kommunalen Sparkassen anzunehmen.

Von der Rheinischen Wohnungsfürsorgegesellschaft hören wir, daß sie überhaupt keine Einzelhäuser mehr beleiht, sondern nur noch Siedlungen, die ja hauptsächlich von gemeinnützigen Baugenossenschaften errichtet werden.

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt des Saargebietes hat — durch die Verhältnisse veranlaßt — beschlossen, vor dem 1. Oktober 1929 keine neuen Anträge auf Gewährung von Daudarlehen anzunehmen. Die L. V. A. hat z. Zt. überhaupt keine flüssigen Mittel und werden sich diese erst einstellen nach vollendeter Durchführung der Heidelberger Abrede.

Der Saar-Knappschaftsverein mußte schon vor einiger Zeit die Baudarlehnshergabe an die Mitglieder der Arbeiterpensionskasse mangels flüssiger Mittel vollständig einstellen. Es ist ja bekannt, daß die Arbeiterpensionskasse schon seit über einem Jahre mit erheblichem Defizit arbeitet. Darlehen aus der Invalidenversicherungskasse in diesem Jahre abzugeben, ist dem S. K. V. genau so unmöglich wie der L. V. A.

Von den Hüttenknappschaften wissen wir, daß sie Darlehen an ihre Mitglieder nur in ganz beschränktem Ausmaße abgeben können. Bei einzelnen Knappschaften ist eine Darlehnshergabe ebenfalls unmöglich. — Es sind also in diesem Jahre die Aussichten auf Beschaffung von Baugeld mehr als trübe. Die Regierungskommission, die helfen könnte, wenn sie nur wollte, versagt ja vollständig und kann man in Bezug auf diese alle Hoffnungen fahren lassen.

Aus vorbezeichneter Sachlage heraus sind wir verpflichtet, all unseren baulustigen Mitgliedern den guten Rat zu geben, nicht eher mit dem Bauen eines Wohnhauses zu beginnen, bis

das erforderliche Darlehen sicher zugesagt

ist. Wer vollständig mittellos ist, dem kann überhaupt das Bauen nicht angeraten werden, denn alle Kassen, die Baudarlehen herausgeben, machen es den Darlehnsansuchern zur zwingenden Pflicht, mindestens 15 bis 20 Prozent des Bauwertes des zu erstellenden Hauses als Eigenkapital nachzuweisen. Darum Vorsicht!

Es ist in den vergangenen Jahren nicht selten die Beobachtung gemacht worden, daß Bauende erst dann um Darlehen nachsuchten, wenn sie mit dem Bauen begonnen hatten bezw. der Bau schon weit vorgeschritten war, und hatten solche Bauherren in den vergangenen Jahren bereits große Schwierigkeiten, nachträglich ein Darlehen bewilligt zu erhalten. So erscheint es sicher, daß in diesem Jahre auf eine Nachbewilligung nicht gerechnet werden kann. Gegenwärtig hat es auch gar keinen Zweck, Darlehnsgesuche an die Kreissparkasse Saarbrücken, an die Landesversicherungsanstalt, an den Saar-Knappschaftsverein oder an die Rheinische Wohnungsfürsorgegesellschaft einzureichen, da diese Gesuche alle ungeprüft zurückgereicht werden. Vielleicht löst sich die Versteifung des saarländischen Geldmarktes in dem Augenblick, wo die Regierungskommission sich gewogen zeigt, die Dollaranleihe der Gemeinden des Saargebietes zu genehmigen. Etwas Sicheres läßt sich natürlich im voraus nicht sagen. Wir glauben uns verpflichtet, auf die geschilderte Situation auf dem Baumarkte hinzuweisen, damit unsere Mitglieder sich vor Schaden bewahren. Viele Gänge und Scherereien bleiben erspart, wenn unsere Mitglieder beachten, was wir ihnen zur Kenntnis brachten.

J. M.

Die Sparkraft im Reich und im Saargebiet

Die Inflation hatte die Spargelder im Reiche restlos vernichtet. Vor dem Kriege waren an Spargutgaben fast rund 20 Milliarden Mark angesammelt, eine ungeheuere Summe, die aus kleinen und kleinsten Kanälen zusammengeflossen war. Mit dem Beginn des Jahres 1924 wurde die Mark stabilisiert. Obschon die Inflation mit ihren bösen Wirkungen auch den Sparsinn weithin untergraben hatte, setzte mit der Festigung der Mark doch wieder die Spartätigkeit ein. Erst langsam, dann immer mehr um sich greifend. Ende 1928 waren bei den deutschen Sparkassen, wie die „Deutsche Sparkassenzeitung“ vom 26. Februar 1929 berichtet, fast 7 Milliarden Mark wieder angesammelt. Das ist ein sehr gutes Ergebnis, wenn man bedenkt, daß die Spartätigkeit im Jahre 1924 erst wieder praktisch einsetzen konnte. — In welchem Umfange die Spartätigkeit und die Sparsumme zunahm, geht aus folgender Tabelle hervor (in Millionen Mark):

Zeit	Reich	Preußen
bis Dezember 1924	608.0	404.1
bis Dezember 1925	1 615.0	1 096.5
bis Dezember 1926	3 096.4	2 019.5
bis Dezember 1927	4 667.0	2 988.3
bis Dezember 1928	6 988.2	4 362.8

Die Endzahlen für 1928 sind vorläufige. Möglich, daß das endgültige Ergebnis 7 Milliarden zeigt. — Die jährliche Zunahme der Sparsumme betrug (in Millionen RM.):

Zeit	Reich	Preußen
1924	533.0	387.4
1925	1 007.0	692.1
1926	1 481.4	923.3
1927	1 570 6	968.8
1928	2 321.2	1 228.7

Wenn man diese Summen richtig wertet, dann muß man sagen, daß trotz aller Not und aller Arbeitslosigkeit der Sparbetrieb doch wieder gewaltig zugenommen hat.

Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, betrugen die Spareinlagen im Jahre 1913 im Reich 325.— und in Preußen 350.— Mark. Wenn wir die Jahre ab 1924 in Vergleich setzen, so ergibt sich eine Spareinlage pro Kopf der Bevölkerung:

Zeit	Reich Mark	Preußen Mark
1913	325.—	350.—
Ende 1924	9.80	11.20
Ende 1925	25.89	28.81
Ende 1926	49 66	53.07
Ende 1927	73.77	77.33
Ende 1928	110.18	121.51

Ende 1928 war wieder ein Drittel des Anteils von 1913 erreicht. Vom absoluten Nichts der Inflation wieder ein Drittel des Vorkriegsbestandes in fünf drückenden Jahren anzusammeln, ist doch ein gutes Zeugnis für den Lebenswillen des deutschen Volkes.

Wenn wir **die Spareinlagen bei den Sparkassen des Saargebietes** in Vergleich setzen, so finden wir, daß wir gegenüber der Entwicklung im Reiche sehr stark im Rückstande sind. Nach den Mitteilungen des Statistischen Amtes der Saarregierung betrug die Spareinlage im Saargebiet

Ende 1927	58 658 459 Franken,
Ende 1928	90 508 612 Franken.

Rechnet man diese Sparsumme auf den Kopf der Bevölkerung um, dann findet man, daß im Saargebiet knapp 20.— Mark auf den Kopf der Bevölkerung entfallen, gegenüber rund 110.— Mark im Reiche. Das ist auch so ein kleines Spiegelbildchen von dem „Wohlstand“, der im Saargebiet nach den Berichten der franco-saarländischen Handelskammer, des Direktors Bommelaer und sonstiger französischer Annektionisten, aber auch von Mitgliedern der Regierungskommission herrschen soll. Wie es in Wahrheit damit bestellt ist, dafür gibt doch die Sparkraft des Volkes im Saargebiet einen drastischen, aber auch traurigen Beweis.

Von den Arbeitsstätten der Kameraden

Grube Frankenholz. Für die hiesige Grube fand am 15. Februar eine Sitzung des Tarifausschusses statt. Es wurde über nachstehende Beschwerden verhandelt:

Der Kamerad Ludwig Lauer, der unter dem Mindestlohn ausbezahlt wurde, erhält für Oktober die Nachzahlung bis zur Höhe des angegebenen Lohnes.

Die Beschwerde des Bergmanns August Forster wegen Lohndifferenzen wurde abgelehnt, da der Beschwerdegang nicht eingehalten war.

Der Kameradschaft Alfons Schneider wird der Lohn bis zu 32.— Fr. pro Schicht nachgezahlt. Desgleichen wird der Kameradschaft Hans Johann eine Nachzahlung bis 31.— Fr. zugebilligt.

In der Beschwerde des Kameraden Käufling konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Es erfolgte Ueberweisung an den Hauptausschuß. Dieselbe Entscheidung wurde bezüglich der Beschwerde des Kameraden Knapp getroffen.

Eine Vertagung erfolgte in der Streitsache des Kameraden Johann Oswald.

Dem Bergmann Karl Helfer wird eine Schicht vergütet.

Bezüglich der Angelegenheit des Adam Wemmer erfolgte Ueberweisung an den Haupttarifausschuß.

*

Grube Heinitz. In einer Sitzung des hiesigen Tarifausschusses vom 26. Februar wurde über 5 Beschwerden verhandelt.

Zunächst erhält der Kamerad Richard Kirz seine beantragten 6 Entlassungsschichten bezahlt.

Auch wird dem Kamerad Konrad Kreutz eine Vergütung für Urlaubsverlust zugestanden.

Der Kameradschaft Scherer wurde angekündigt, daß sie für die Schichten über den 24. Januar hinaus unter dem Mindestlohn ausbezahlt werde. Da der Vorsitzende erklärte, die Sache sei erledigt, wurde nicht weiter darüber verhandelt.

In der Angelegenheit des Kameraden Sebald von Grube Dechen wegen Bezahlung einer Lampenreparatur von 24,50 Fr. konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Es erfolgte Ueberweisung an den Haupttarifausschuß.

Die Beschwerde des Kameraden Kappler wegen Mindestlohn wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt.

*

Grube Heinitz. Bei der stattgefundenen Sicherheitsmännerwahl in Abteilung 3 betrug die Wahlbeteiligung 99 Prozent. (Bravo.) An Stimmen erhielt der Kamerad des Gewerkvereins Willi Doll-Friedrichsthal 139 und der Kandidat des Verbandes 37 Stimmen. Diese mustergültige Wahlbeteiligung muß allen Kameraden der übrigen Gruben als Vorbild dienen.

*

Danksagung. Für die auf Grube Wellesweiler aus Anlaß der tödlichen Verunglückung meines Mannes getätigte Sammlung in Höhe von 878,40 Fr. sage ich allen Gebern herzlichen Dank.

Witwe Valentin Hans-Münchwies.

Danksagung. Aus Anlaß des plötzlichen Todes des Sicherheitsmannes Ludwig Schmidt nahm die Belegschaft der Maschinenbetriebe der Grube Altenwald eine Sammlung vor, die den Betrag von 719.— Fr. ergab. Allen Spendern sage ich an dieser Stelle herzlichen Dank.

Frau Witwe L. Schmidt-Friedrichsthal.

*

Nachruf. Einen herben Verlust erlitt unsere Zahlstelle durch das Ableben des Kameraden Heinrich Bommer. Trotz seines jugendlichen Alters stand er seit seiner Arbeitsaufnahme auf der Grube in unseren Reihen. Sein Andenken wird die Zahlstelle in Ehren halten.

Die Zahlstelle Hasborn

Nachruf. Nach kurzer Krankheit verschied unser allseitig beliebter Kamerad Heinrich Heins. Er war ein ganzer Gewerkschaftler, befand sich schon seit dem Jahre 1907 bei unserer Fahne. Ueberall und immer stellte er seinen Mann, wo es galt, die gewerkschaftliche Idee zu vertreten. Ein sehr treuer Mitarbeiter ist mit ihm dahingegangen, sodaß er uns allen ein Vorbild bleiben wird. Möge er ruhen in Frieden; wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Die Zahlstelle Hilschbach.

Nachruf. Am 21. Februar wurde unser treues Mitglied, der Kamerad Peter Schmidt, durch einen tragischen Unfall, welcher sich auf Grube Dilsburg ereignete, plötzlich aus unserer Mitte gerissen. Der so jäh ums Leben gekommene Kamerad war stets ein treues Mitglied unserer Organisation und ein eifriger Mitarbeiter unserer Bewegung. Allzu früh hat ihn der Tod aus dem Kreise seiner Lieben und aus unserer Mitte gerissen. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Die Zahlstelle Kirschhof.

Nachruf. Einen herben Verlust erlitt unsere Zahlstelle durch das Ableben des Kameraden Nikl. Nikolen. Seit vielen Jahren stand er in unseren Reihen und diente der Bewegung aus treuem Herzen.

Sein Andenken wird die Zahlstelle in Ehren halten.

Die Zahlstelle Scheuern.

Bekanntmachung

Den Kameraden von Altenkessel und Umgebung zur Kenntnis, daß jeden Freitag im Lokale Alfons Becker, Dr. Vogelerstraße 60, ab 17 (5 Uhr nachmittags) Rechtsschutz stattfindet. Alle Wünsche und Beschwerden können hier vorgetragen werden. Mitgliedsbuch nicht vergessen.

Die Bezirksleitung.

Der 10. Wochenbeitrag (Woche vom 3. bis 9. März) ist in dieser Woche fällig.

Für die Redaktion verantwortlich P. Kiefer.
Druck: Saarbrücker Druckerei und Verlag A. G.